



Aus den österreichischen Landtagen.

Wien, 16. Oktober.

Die meisten der Landtage wurden ehegestern geschlossen. Nur der galizische Landtag und die tschechische Versammlung in Prag tagen noch fort. Charakteristisch für die Wirksamkeit dieser Regierung ist es, daß die von denselben vorgelegten Landtagsvorlagen außer in Prag nur noch in einem einzigen Landtage, irren wir nicht, in Oßz acceptirt wurden; in allen übrigen wurden sie verworfen oder konnten wegen des Widerstandes aller verfassungstreuen Minoritäten nicht zur Verhandlung kommen. In sehr würdiger Weise fand der Landtagschluß in Wien und Oßz durch die Herren Helfferstorfer und Kaiserfeld statt. In Laibach wurde hart vor Thorschluß noch eine Adresse votirt, in der Gotha alles das erbittet, was der Kaiser für Böhmen fordert — nur in der Quotenfrage macht er eine Abweichung, insofern als er hier um die Berücksichtigung der materiellen Leistung des Landes ersucht. Die Pariten der Fundamentalartikel hingegen, welche nichts kosten, d. h. den Slovenen nichts kosten, werden bereitwilligst angenommen. Ueberdies fordern sie noch die Entgegennahme der feierlichen Subjuration, eine verantwortliche Landesregierung und als Separativwunsch noch die „heiligste“ Vereinigung aller Slovenen in ein administratives und so weit möglich staatsrechtliches Gebiet. Weiter aber haben die Herren Gotha und Weisitz keine Schmerzen. Uebrigens haben sie noch in dem dalmatinischen Landtag einen Meister gefunden, der sie, was Recht ist, für die Forderungen betrifft, tief in den Schatten stellt. Die Herren Vochsen in Zara verlangen nämlich vom Monarchen, daß er die Einleitungen treffen, „um die Anexion von Dalmatien“ an Krain und Slavonien zu erzwängen. Das geht doch schon über das Diskutierbare hinaus und ist doch nur die notwendige Folge dessen, wozu von den treuen Czechen das Signal gegeben wurde.

Der Schluß des österreichischen Landtages wurde durch zwei herrliche Reden der Abgeordneten Reichbauer und Kaiserfeld verperllicht. Reichbauer erklärte namens der gewählten Reichsrathsabgeordneten, daß sie das Mandat annehmen, und fügte hinzu, daß das was jetzt in Oesterreich geschieht, eine epantallartige Zerstückung des Staatsgedankens sei, und Kaiserfeld als Landtagspräsident sagte in seiner Schlussrede: „Die Würden auf den Namen einer österreichischen Regierung kaum einen Anspruch haben, die die Adresse jener Versammlung, die sich selbst nicht einen böhmischen Landtag nennt, als Gegenstand erster Verathung einem österreichischen Reichsrath vorlegen wollten, und der Reichsrath, welcher solche Propositionen als Vorlagen der Regierung in Betracht zöge, der stünde selbst nicht mehr auf dem Boden der Verfassung.“

Darauf nun ist meine Hoffnung gerichtet, daß der Monarch, der dem Wünsche, Frieden zu schaffen, jedes Opfer an Geduld und Selbstverleugnung bracht, die Nothwendigkeit erkennen werde, sein Reich und sich selbst gegen jene zu schützen, die sich gegen seine Weisheit verhalten. Noch ist der letzte verhängnisvolle Schritt nicht gethan, um eine Kaiserkrone gegen ein Schattenscheitern zu vertauschen; noch hoffe ich, daß wir uns unter dem Schutze dieser Kaiserkrone, für deren Glanz und Macht wir Gut und Blut hingegeben bereit sind, im nächsten Jahre hier wieder finden, und dann den Spul vergessen haben werden, der uns heute so sehr wehrt zu beleidigen als zu sprechen vermag. Ihm, der für die Welt ein Gegenstand der Huldigung, für uns ein Gegenstand unserer Treue als Kaiser von Oesterreich ist, ein dreifaches Hoch!“

Salzburg, 14. Oktober. Der Landtag wurde heute Nachmittag mit einer beifällig aufgenommenen Rede des Landeshauptmannes Weiß geschlossen. Weiß betonte, daß er an der Verfassung festhalten werde.

Graz, 14. Oktober. Der Landtag erklärt über Antrag des Verfassungsausschusses die Erklärung der Abgeordneten Plog und Genossen bezüglich der Reichsrathsabgeordneten für rechtsunwürdig. In den Reichsrath wurden gewählt: Carnet, Hadelberg, Bauer, Reichbauer, Seyd, Stremayr, Papp, Kneuer, Alfred D'Avornas, Heinrich D'Avornas, Rebl, Stiel, Brandstätter. Die Session wird hierauf mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Klagenfurt, 14. Oktober. Gute fand die Schlußsitzung statt. Der Landeshauptmann Graf Ueßler sagte: „In der ersten Frage, bei der es sich um den Fortbestand eines mächtigen, künftigen Oesterreichs handelt, haben die Abgeordneten den geschichtlichen Ruf Krainens bewahrt, die Folgen des neupositiven Regierungsgeschickes richtig erkannt und mannhaft bekämpft. Sollte auch das Schicksal die Oesterreicher nicht abwenden, gegen welche wir gewarnt haben, so werden wir doch, gleich unseren Vorfahren, zu Oesterreich und dem Kaiserthume stehen.“ (Dreifaches Hoch)

Bei den darauf folgenden Reichsrathsabgeordneten wurden gewählt: aus dem Großgrundbesitzer: Baron Enobloch; aus den Städten: J. Feinigg und Ritter aus den Landgemeinden: Panz und Kor. Alle diese sind für den äußersten passiven Widerstand.

Das Präliminare erfordert eine 40procentige Landesumlage, dafür emfällt das Schulgeld, die Schulzinsumlage und die Straßenzinsumlage. Die heute sind Zustimmungserklärungen zu der Reichsübertragung von allen größeren deutschen und drei slovenischen Landgemeinden eingetroffen. Innsbruck, 14. Oktober. Auf der Tagesordnung: Debatte über die Adresse. Die liberalen Abgeordneten entfernten sich während der Verhandlung und Abstimmung. Die Adresse wurde mit 35 Stimmen angenommen. Sechs italienische Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, drei stimmten mit. Der weitere Landtagschluß: die Regierung sei aufzufordern, die Ministerial-Verfügung vom Februar 1869 über die Schulaufsicht außer Kraft zu setzen, wurde mit 38 Stimmen angenommen; die liberalen Abgeordneten enthielten sich der Abstimmung und reichten einen Protest gegen die Wahl des Stellvertreters des Fürst-Bischofs von Salzburg, Decan Lamocz, als Reichsraths-Abgeordneten ein, weil der Fürst-Bischof ohnehin Mitglied des Herrenhauses ist.

Der Landtag wird hierauf mit Hochrufen auf Sr. Majestät den Kaiser geschlossen.

Laibach, 14. Oktober. Die Bitte des Landtages um Verlängerung der Session wurde abschlägig beschieden. Der Verfassungsausschuss beantragt, über die Regierungsvorlage, betreffend die Aenderung der Landesordnung und Landtagswahlordnung, zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Auf Antrag des Finanz-Ausschusses wird über das Gehalt der Stadt Laibach um Bewilligung einer kaiserlichen Anleihe von 1.000.000 fl. zur Tagesordnung übergegangen. Nächste Sitzung Abend 6 Uhr.

Laibach, 14. Oktober. (Abend-Sitzung.) In der heute beschlossenen Adresse wird vorzüglich hervorgehoben: Die Veranpruchung des im Diplome vom 20. Oktober 1860 anerkannten Selbstbestimmungsrechtes in Bezug auf die Obergewalt und Verwaltung; ferner wird darin gebeten, daß der slovenische Volkswille in jenen Ländern, wo er mit dem deutschen oder italienischen vereinigt ist, unter dem Schutze ähnllicher Landesgesetze gestellt werde, wie die Regierung sie dem böhmischen Landtage vorgelegt hat; dadurch würden die Slovenen „wenigstens in ihrer Nationalität geschützt sein“, so lange es nicht möglich ist, Mittel zu finden, die von den Slovenen so heißersehnt, „Vereinigung ihres geographisch zusammenhängenden Gebietes zu einem administrativen und staatsrechtlichen Körper“ zu verwirklichen. Demgemäß wird der Landtag „zur Förderung der von der Regierung beabsichtigten und so schnell gewünschten Ausgleichs-Aktion seine Voten in den Reichsrath entsenden.“

In den Reichsrath wurden gewählt: Graf Thun (Großgrundbesitzer), Horak, Supan (Handelskammer und Städte), Dr. Gotha, Svetec, Graf Varbo (Landgemeinden). Hierauf schließt der Landeshauptmann mit dreimaligem Slava-Rufe auf Sr. Majestät, in den der ganze Landtag einstimmt, die Landtags-Session.

Triest, 14. Oktober. Der Landtag genehmigte die Anträge betreffend die Errichtung einer rechtswissenschaftlichen Facultät mit italienischer Unterrichtssprache in Triest und Aufhebung des Festungsstrafens und beauftragte den Landesausschuss mit der erneuerten Vorststellung wegen einer gleichmäßig vertheilten der Militärlasten. Der Reichsrath-Beigeordnete, welcher die italienische Sprache als ausschließliche Unterrichtssprache festsetzt, wird trotz Einsprache des Regierungskommissars gegen diese Bestimmung angenommen. In der heutigen, letzten Sitzung wird die Adresse an den Kaiser beraten und die Wahl der Abgeordneten in den Reichsrath vorgenommen.

Oßz, 14. Oktober. In den Reichsrath wurden gewählt: Graf Franz Coronini und Anten Gerne. Die früher gewählten Abgeordneten Straffoldo und de Pretis haben schriftlich die Wiederwahl abgelehnt. Sodann erfolgte der Landtagschluß, ohne daß die Regierungsvorlagen behandelt worden wären.

Brünn, 14. Oktober. Die Session wird nach Erledigung einer Reihe von Sach-Ausschussberichten mit dreimaligem begeisterten Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser geschlossen.

Troppau, 14. Oktober. In den Reichsrath wurden gewählt: Aus der Gruppe der Wirldimmen und Großgrundbesitzer Baron Berg und Rokrman (Legierter neu); für die Hauptstadt und die Handelskammer: Dr. Blüthfeld; für die Städte: Demel, und für die Landgemeinden: Pilsnerböhmisch und Dr. Franz Müller (Legierter neu statt Schneider). Sämmtliche Gewählte werden nur in einem verfassungsmäßigen Reichsrath einsetzen. Nach dieser Wahl wurde die Session mit Hochrufen auf den Kaiser und die Verfassung geschlossen.

Leiberg, 14. Oktober. Seit gestern setzt der Landtag die Debatte über das Landestheuergesetz fort. Ein Schreiben der Statthalterei gibt bekannt, daß der Schluß der Session längstens am 17. Oktober erfolgen müsse.

Inland.

Wien, 16. Oktober. Vor der Abreise Andrasz's nach Wien hat ein Ministerrath stattgefunden, um die laufenden Angelegenheiten zu erledigen.

Eine Wiener Correspondenz des Naplo erzählt, bei der Audienz, die der Reichskanzler Deust hatte, sei der Kaiser von der offenen und freimüthigen Darlegung Deust's sichtlich berührt gewesen und habe ihm den Dank dafür ausgesprochen, daß er seine Meinung so rückhaltlos ausgesprochen. Der Kaiser sagte ihm zugleich zu, das ganze böhmische Ausgleichswerk und die dagegen erhobenen Bedenken einer neuen reifen Prüfung zu unterziehen. Die Entscheidung ist demnach auf einige Tage hinausgeschoben. „Von dieser Entscheidung“, bemerkt Naplo, „hängt das Schicksal der Monarchie ab.“ Naplo verfährt nochmals, daß Andrasz weder einen Theil, noch das ganze ihm mitgetheilte Ausgleichswerk gebilligt habe: er hat bloß die hauptsächlichsten Punkte zur Kenntnis genommen, jedoch weder Befall noch Tadel ausgesprochen, sondern sein Urtheil späterer Zeit vorbehalten.

Aus den Papieren des Dr. Starobin und Genossen wurden Verbindungen mit der West- Arbeiterpartei, der Pariser „Internationale“ und dem Petersburger Action-Comité constatirt. Ein russischer Schriftsteller, Mlic, und der gewesene Rathherrscher Bürgermeister Jabiani wurden vor das Stadtgericht gestellt. In den Kreisen der Nationalpartei herrscht große Niedergeschlagenheit.

Wien, 16. Oktober. Die „Wiener Abendpost“ tadelt an der Spitze ihres Tagesberichtes die Formen, welche die publizistische Diskussion in den jüngsten Tagen angenommen und wendet sich bei diesem Anlasse zum ersten Male auch rühmend gegen die Sprache jener Prager Blätter, die Andrasz, wie „schäbige politische Personlichkeiten“, abgestandene Erzählungen, „öffentliche politische Petroleumbum“, verfassungstretende Schmeißelbände“ etc. gerathen.

Wien, 15. Oktober. Alle Gerüchte, die über ein Kompromiß zwischen Deust und Hohenwart aufstiegen, werden in den Abendblättern erneuert und sind sämmtlich erloschen. Das „Oester. Journal“ sagt obenan, man wolle Hohenwart eine Falle stellen, um ihn von seinen Kollegen zu trennen. Die Falle sei aber zu plump. Dasselbe Organ meldet, Hohenwart habe angesichts des Deust'schen Memorandums die Zustimmung, falls Deust die Aufrechterhaltung der Ausgleichspolitik zurückweisen wolle, ist sein Recht nicht. „Vaterland“ sagt, die Entscheidung werde erst nach Vollendung des Ausgleichswerkes eintreten, dann werde der derzeitige Ministerpräsident definitiv erklären, ob er neben Deust wirken könne. Dasselbe Blatt bringt ein Tableau des zukünftigen Reichsrathes, welches mit den Czechen 139 Föderalisten gegen 63 Centralisten abgeben werde, Creditoren alle Centralisten, so bleiben im Reichsrath 22 Deutsche, wodurch die deutsch-österreichische Bevölkerungsziffer entsprechend vertreten ist. Bestimmtest wird gemeldet, daß ein entscheidender großer Ministerrath Mittwoch stat findet.

Wien, 17. Oktober. Scherling wurde in zweimaliger Audienz vom Kaiser empfangen. Sr. Majestät vernahm, so wird berichtet, mit Wohlwollen die Ansichten Scherlings über die Situation. Hohenwart soll dem Statthalter von Niederösterreich seine Mißbilligung darüber ausgesprochen haben, daß er (der Statthalter) durch sein Eingreifen in die bekannte Landtagsdebatte die Aufregung steigerte.

Wien, 17. Oktober. Die Kompensationsgerichte dauern fort, sind aber grundlos. Die Blätter feiern die Umbildung des großen Ministerrathes für die Sache Deust's als einen ersten Erfolg; dagegen ist es That-sache, daß Hohenwart selbst den Kaiser um Anhebung des ungarischen Urtheils anging.

Die Personalfrage ist von der Prinzipienfrage in den Hintergrund gedrängt worden. Die Gerüchte von der Entziehung Schaffie's und Titzel's können wir trotz ihres positiven Ausfalles als tendenziös bezeichnen.

Die Note in der gestrigen „Wiener Abendpost“ gegen die Presse im Allgemeinen ist der Vorläufer eines strengeren Vorgehens gegen die Presse.

Ein, 16. Oktober. Kronprinz Rudolph kam heute nach 11 Uhr Vormittags auf dem hiesigen Bahnhofe an, wo er vom Statthalter, dem Truppenkommandanten und dem Bürgermeister der Landeshauptstadt empfangen wurde. Er durchfuhr die seltlich besagte Stadt, hier im Hotel „Erzherzog Karl“ ab, wohnte um 2 Uhr Nachmittags der Eröffnung der neuen Volksschule bei, welche den Namen „Rudolphschule“ erhält, besichtigte die Feuerwehrlöhne, besuchte die Turnhalle, das Gymnasium und die Domkirche, wo ihn Bischof Rudiger sammt Clerus begrüßte, und fuhr dann zum Bückebau, wo ihn die Gemeindevorstellung von Ulfahr erwartete. Abends Theaterbesuch, morgen Besuch des Jesuiten-Collegiums auf dem Freyenberg.

Graz, 16. Oktober. Der infallibilistische Professor Kaulich ist zum Prüfungskommissar ernannt. Darüber herrscht große Aufregung unter den Studenten. Es werden Demonstrationen befohlen.

Graz, 16. Oktober. Gestern hat eine sehr erregte Versammlung der Grazer Arbeiter stattgefunden. Eine Futh von Invektiven gegen die Fabrikbesitzer wegen „Unterdrückung der Arbeiter“ wurde laut. Die Gründung eines Arbeiterinnen-Bildungsvereins wurde beschlossen. Wiener Arbeiterinnen drücken telegraphisch ihre Zustimmung aus. Uebrigens waren in der Versammlung mehr Männer als Weiber anwesend.

Prag, 15. Oktober. Der Deutsche Berufsvereinsverein wird morgen in einer Resolution den Landtagen von Mähren, Oesterreich, Steiermark, Schlesien, Kärnten und Salzburg den Dank für ihre mannhafte Haltung votiren.

Prag, 16. Oktober. In tschechisch-feudalen Kreisen wird mit aller Bestimmtheit behauptet, daß das kaiserliche Rescript in bezug auf den

vielleicht abschließlich nicht in's Vertrauen gezogen worden sei, und erstattete einige Tage später dem Kaiser Napoleon persönlich Meldung. Napoleon III. beendigte die darauf bezügliche Unterredung mit folgenden Worten: „Die Candidatur des Herzogs von Montpensier ist einfach antipolitisch, sie trifft nur mich, ich kann sie daher acceptiren. Die Candidatur des Herzogs von Orléans hingegen ist eine wesentlich antinationale, das Land wird sie nicht annehmen und man muß sie verhindern.“ Nach Berlin zurückgekehrt, sprach Benedetti mit Bismarck über den Gegenstand. „Wenn ich seinen Worten glauben schenken darf“, schreibt der Gesandte über diese Unterredung, „so muß ich aus denselben schließen, daß dem Prinzen Leopold kein darauf bezüglicher Vorschlag gemacht worden ist, oder mindestens, daß er ihn ungünstig aufgenommen hat. Soll ich mich aber im Augenblicke an die Erfahrung halten, die ich darüber erworben habe, wie man seine Sprache auslegen muß, so bin ich geneigt zu glauben, daß er mir nicht Alles gesagt hat.“ Die Sache zog sich bis in den Juli hin, wo dann die französische Regierung in der bekannten Weise die Ereignisse überstürzte. Der beglückliche Depeschewechsel zwischen Gramont und Benedetti ist ausführlich mitgetheilt.

Beglücklich der Ereignisse des Jahres 1866 sind zwei Schriftstücke von Interesse. Das eine ist von Drouin de Lhuys, dem damaligen Minister des Aeußeren, an Benedetti gerichtet und vom 31. März datirt. Es heißt daselbst: „Wir warten daher den Waffenconferenzen, wenn er ausbrechen sollte, in unserer bisherigen Haltung ab. Der Gang der Ereignisse wird uns über die Natur und Tragweite der engagirten Interessen aufklären und die Ausdehnung, welche der Krieg nehmen wird, wie die durch denselben aufgeworfenen Fragen werden dann die Elemente des Uebereinkommens bestimmen, welches zwischen uns und Preußen wird getroffen werden können.“ Das zweite Schriftstück von Benedetti an Drouin de Lhuys ist vom 8. Juni, also wenige Tage vor dem Ausbruch des Krieges datirt. Es sagt u. A.: „Ich kenne nur den einzigen Grafen Bismarck, der sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß Preußen ein Interesse daran haben könnte, und eine territoriale Concession zu machen, und auch er würde nur in eine mehr oder minder beträchtliche Grenzregulirung willigen.“

Am 3. April 1866, als die Möglichkeit eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen schon eine greifbare Gestalt angenommen und Bismarck sein Bundesreformproject parat hatte, stellte ihm Benedetti vor, daß Frankreich eine Zwangsregierung Preußens nicht ohne Aequivalent zugeben würde. Er berichtet dann weiter an Drouin de Lhuys:

„Graf Bismarck erkannte die Wichtigkeit meiner Beobachtungen an. Er tief mir die Eröffnungen ins Gedächtniß, welche Herr v. d. Oelb beauftragt war, Ihnen zu machen, und fügte hinzu, daß für ihn der Augenblick gekommen sei, dieselben zu erneuern, für uns aber, uns über die Garantien auszusprechen, die wir glauben stipuliren zu müssen. Meine Antwort war, daß ich jenen vorläufigen Abmachungen fern geblieben sei. Das habe ich ihm gesagt, und er hat es nicht abgelehnt. Sein Spiel besteht darin, daß er Oesterreich nöthigt, mit seinen kriegerischen Vorbereitungen hervorzutreten und die Sachen in der Weise zu lenken, daß die Gewaltmaßregeln Preußens aus der Nothwendigkeit, sich zu vertheidigen, entzogen zu sein scheinen. Sind die beiden Staaten einmal unter Waffen, sagt er, so wird der Krieg von selbst losgehen. Auch in dem Falle, daß Herr v. Bismarck den gegenwärtigen Augenblick für geeignet zur Einstellung eines engeren Einverständnisses zwischen Frankreich und Preußen halten sollte, glaube ich, daß ich einig der Bedenken sein würde, den König gegen eine Entmutigung zu schützen, welcher derselbe durch die Bedenken, die ihm unsere Haltung einflößt, anheimfallen könnte.“

„Ich habe Ihnen gesagt, daß in jenen Bedenken das letzte Mittel liegt, dessen sich die Gegner der Politik Bismarck's bedienen, und daß Herr v. d. Oelb selbst durchaus über unsere Zustimmung nicht beruhigt ist. Der Ministerpräsident ist sich bewußt, daß in jenem Punkte die größte Gefahr liegt, welcher er ausgesetzt ist. Er möchte dieselbe vermeiden durch irgend eine Abkommen, welches unseren Anschluß vermittelte und dem Könige keine volle Zuversicht wider gäbe. Doch glaube ich, daß er irrt, wenn er meint, der König würde jetzt schon bereit sein, uns Opfer zu gewähren, die wir ihm abverlangen könnten. Ihn hat die Hartnäckigkeit nicht mißfallen, mit welcher der König die Angriffe der überwiegenden Mehrheit der Kammer auf seine Vorrechte zurückwies; dennoch hat er dieselben leidenschaftlich vertheidigt, in der Ueberzeugung, daß er dadurch selbst eine größere Kraft gewinnen würde, um sich des Geschehens seiner auswärtigen Politik zu versichern, mit oder ohne die freiwillige Zustimmung des Königs. Oesterreich sagte er mir: „Ich bin dazu gelangt, einen König von Preußen zu bestimmen, daß er die engen Beziehungen seines Hauses mit dem österreichischen Kaiserthume brach, daß er ein Bündniß mit dem revolutionären Italien schloß, daß er einvernehmlich, auf ein eventuelles Abkommen mit dem kaiserlichen Frankreich einzugehen, daß er in Frankfurt die Umänderung der Bundesverfassung unter Mitwirkung einer Volksversammlung vorschlug. Ich bin stolz auf ein derartiges Ergebnis. Zwar weiß ich nicht, ob es mir vergönnt sein wird, die Früchte desselben zu ernten. Aber selbst in dem Falle, daß der König mich fallen läßt, so werde ich doch das Terrain vorbereitet haben, indem ein Abgrund zwischen Oesterreich und Preußen gegraben ist, und die liberale Partei, wenn sie aus Andern kommt, das Werk, das ich mir vorgesetzt habe, vollenden wird.“

Notizen.

Wien, 14. Oktober. Der erste Schnee ist gestern in Wien gefallen. Auch hier hat es die letzten Nächte hindurch Eis gegeben. Alle Anzeichen für einen frühen Winter sind vorhanden.

„Siamische Zwillinge“ in Ungarn. Im Orte Drehobacz auf der Woiwode hat eine 18jährige jungaberebelichte Frau Zwillinge geboren, die miteinander verwaachsen sind. Die Leiber sind ganz gut entwickelt, die Verwachsung hat am Beden- und Kreuzbeine statt. Bauchhöhle, Nabelschnur und Mastdarm sind beiden gemeinsam. Das eine Kind hat in der Leber den Namen Sophie, das andere den Namen Marie erhalten. Das erste lebe 30, das andere 25 Stunden. Der Arzt Josef Baranow will die Kinder dem Kaiserlichen Nationalmuseum oder der Universitätsklinik zuwenden.

„Aus den Wäldern eines“ (S. 148). Einigen Anzeichen, die die Schafe ihres Herrn jähling nach Debreczin zum Verluste trieben, wurde an der Raufschänke ein Hül, den sie mißtrauten, als Hünd abgenommen, weil sie die Raufschänke nicht zulassen konnten. Sie verstaunten in der Stadt ihre Schafe und gingen dann heim, ohne den Hül anzuschauen. Dieser hat nun schon an Geldverloerth so viel gekostet, als die ursprüngliche Schuld ausmachte, und wenn ihn die Stadt noch lange halten muß, wird der gute Ort entweder für die Stadt Debreczin, oder, wenn sein Herr ihn ausläßt, für diesen ein sehr theures Bier werden.

„Das „Ford Journal“ bringt folgende Probe „amerikanischer Ap-petit“: „Ich hab einen Mann mit sechs Schüsseln vor sich zum Frühstück, und jeder tüchtig zuhauen. Man denke sich nur, welche gastronomischen Kräfte dazu gehören, um ein Paar Kalkstoteln, ein Bechstein, diverse Eier, gebratenes Speck, heiße Pasteten, gebratene Kartoffeln, Austern, gebratene Brod und Milch, Thee, Kaffee, rauchendehisches Buchweizenbrod beehrt mit Champ, zu vertilgen, und dann Alles mit einem Glas frischer Milch oder Eiswasser hinunterzuschlucken, das Ganze in dem Zeitraum von 20 Minuten.“

Landtagsöffnung zur Reichspartei neuerdings Brunn, 16. Congress mit der Abgeordneten Znam abgegangene Die Postagiere Znam, 14. Montag in Znam Troppau, 14. wechsele sind die Fremde eingetroffen. faren sind vorbereitete tion hat. Abends 1

Berlin, 16. Uhr im neuen Reichslänfigen Veroff. Es sichte der Ausgaben u mit einem Gezeigten Gezeigten, betref rüchzahlung der auf menen Ankliche und die Verlesung in die weienheit von 153 M Schung moigen 1 M Berlin, 16. Reichstags wehe vom Reichsdieler in gelbem und den Prinzen Kar deren vorleser, auf d züglicher Satz von der Simion brachte das z zweite Relebuch auf d München, 14. Kultusminister Luz be Ministeriums die Zus Frage in sehr ausfüh nicht unweientliche Mel pellation und demgegen das Reich, sein Staat Grundlagen verurthe, a und Ruche betreibt, Ruche durch das Unfe beichliche Staatsgeblü nissen der Conclitväter die Unschickbarkeit des der Conclitväter, b Erzbischof von Mänd Ruche so lange nicht sege nicht abläßt, w entscheiden, ob und fallen sei. Der Min über welches die Bild und zu Recht besteht, Concordat nach den wicrienerliche Bemüh zweifelhafte Dauer tung der Interpellatio Ad 1. Die G angehörigen, gestiftet Unschickbarkeit des Pap des Landes begründet walt zu gewähren und erworbenen Rechten u Ad 2. a). Sie Etern gegenüber dem fennen; b) wenn von meinden gebildet wer jenen fortwährend als wie ihren Geistlichen ben wärdien, wenn die vor sich gegangen wä Ad 3. Gest ent Staates mit den verfe zugleic bereit, die G abhängigkeit sowohl d auch nach ihrer Anlich gigen freilebens und t Eine Disquisition Tagesordnung auf. München, 1 zu den regelmäßigen einem Hüttenbriese B gegen die Auktionsliste Die clericalen, niferiums auf die 3 lischen Kirche defini München, 1 neuer ergebnisricher tische von Seite des bürgerlichen Gewalt schen Ruche. Der H ligung an jenen Han schwere Gezeigebelig protestiren, wenn er gegen die Congreß t gestrich. Sie können sein. Der Hüttenbri legte schuldigen Preie Paris, 14. anstalt morgen schon Casimir Weier, Refro Thiers kündigt und nur noch die 4 Theilen: der Zoll, d Reich wird auf ein 2 Die Zahlung menden Jahres. D der Wahl Frankreich füzteren Termine ein nen 14 Tagen nach Die Territoria bletsparzellen an Fr Die Kommisfio poleon auf sein Ver



